

Elbinger Volksstimme

Die Zeitung erscheint jeden Wochentag
Bezugspreis in Elbing frei Haus
vierteljährlich 4.80 Mark, monatlich
1.60 Mark; bei den Abholstellen 4.20
bzw. 1.40 Mk. Einzelnummer 15 Pfg.
Anzeigenpreis: einpaltige Beilags-
zettel 45 Pfg., im Reklameteil 1.50 Mk.

Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei
für Elbing und Umgegend
Publikationsorgan der Freien Gewerkschaften

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Elbing, Spieringstr. 21. Fernruf 1071.
Bankkonto: Deutsche Bank, Elbing.

Anzeigenannahme für die nächste
Nummer bis spätestens 11 Uhr vorm.
Größere Anzeigen am Tage vorher.

Nr. 11

Montag, den 3. November 1919

1. Jahrgang

Was der Tag bringt

An alle! Der große Angriff auf die Sowjet-Republik, welcher in zwei Hauptrichtungen, auf Petersburg und auf die Südfreit, eröffnet wurde, scheiterte ebenso wie der Angriff auf die Ostfront. Die fremden Junksprüche machten von der Offensive nichts als viel Aufhebens und meldeten die Niederlage der roten Truppen. Es ist sicher, daß diese Offensive mit großen Kräften und mit neuen von den Alliierten gesandten Munitionsvorräten vorbereitet wurde. Die roten Truppen haben, obwohl sie durch Marsche, welche wegen ihrer Schnelligkeit in der Kriegsgeschichte vereinzelt dastehen, erschöpft waren, nicht für einen Augenblick ihre Hauptstellungen verloren. Das einzige Resultat der großen Bemühungen der Gegenrevolution ist die Eroberung von einigen Duzend elender Stationen in der sibirischen Ebene für einige Wochen. Aber die Sowjet-Truppen, verjüngt und verstärkt durch eine große Anzahl Freiwilliger, welche aus allen Teilen zum Schutze der Revolution zuströmten, erneuerten ihr unaufhaltames Vordringen. Unsere neue Offensive heimt bereits ihre ersten Erfolge ein. Auf der ganzen Front in der Richtung Omsk haben wir beinahe überall unsere ursprüngliche Stellung wiedererlangt. Unsere heldenhaften Truppen eroberten wiederum die Hauptstadt Westsibiriens Tobolsk. Dieser wichtige Sieg ist für die Rote Armee bloß eine Etappe auf ihrem Vormarsch auf Omsk, von wo der Generalstab der Gegenrevolutionäre mit den Generalen und den Missionen der Alliierten bereits weiter gegen Osten schießt. Das Sowjet-Rußland hat in den Volksmassen genug Kräfte, um an drei Fronten zu widerstehen und alle seine Gegner genügend zu belehren.

Revolutionsfeiern Generalmajor Mähl hat einen Befehl von Militärs Gnaden. Erlassen, daß am 9. November in Bayern Revolutionsfeiern nur mit militärischer Erlaubnis, nur in geschlossenen Räumen, nur am Vormittag und nur mit vorher angemeldeter Teilnehmerzahl stattfinden dürfen.

Nicht der Generalmajor, der Rechtssozialist verbot! Die Deutsche Allgemeine Zeitung teilt zu dem Münchener Revolutionsfeierverbot mit: In München ist bekanntlich beschlossen worden, die revolutionären Feiern am 9. November zu verbieten. Einzelne Berliner Blätter haben militärische Kommandostellen, insbesondere auch das Reichswehrministerium mit diesem Münchener Beschluß in Verbindung gebracht. Wie wir hierzu von zuständigen Stellen erfahren, hat keine militärische Stelle, insbesondere nicht das Reichswehrministerium, an dem Zustandekommen dieses Beschlusses mitgewirkt. Er ist vielmehr erfolgt nach Verhandlungen im bayerischen Ministerium des Innern und mit Genehmigung des Leiters dieser Behörde, der selbst Mehrheitssozialdemokrat ist. — Und die wollen sich mit uns vereinigen!

Es muß krachen! Das Echo de Paris veröffentlicht eine von den übrigen Blättern bisher unterdrückte Rede des Delegierten der Eisenbahner Sirolle in der Gewerkschaftszentrale in Paris, in der Sirolle verlangt, daß die Arbeiter auf die Straßen hinausgehen sollen, um von Worten zu Taten überzugehen. Es muß krachen. Die russische Revolution sei von 100 Matrosen gemacht worden. 100 Pariser Eisenbahner seien bereit, in Paris das Gleiche zu tun. Die Eisenbahner sind bereit, den Massen das zu geben, um sie mitzuführen. Der Eisenbahner Badelart unterstützte Sirolle, indem er erklärte, die russische Revolution müsse im Interesse der französischen Arbeiter um jeden Preis gerettet werden. Die Versammlung beschloß:

Auf ein gegebenes Zeichen an einem bestimmten Tage der nächsten Woche legen die Eisenbahner die Arbeit nieder und gehen zu einer allgemeinen Versammlung aller Gewerkschaften, um weitere Maßnahmen zu beschließen.

Massenausweisungen aus Elsaß-Lothringen. Nach einer Meldung aus Rehl erhielten am Dienstag voriger Woche 8350 Einwohner Elsaß-Lothringens den Befehl Millerands, das Elsaß innerhalb 6 Wochen zu verlassen. Es ist dies die dritte größere Ausweisung von Deutschen aus dem Elsaß seit dem Friedensvertrag von Versailles.

Belohnung für Faulheit. Wolfs Telegraphenbureau meldet unterm 1. November: Um eine stärkere Kartoffellieferung nach den Bedarfsverbänden zu erreichen, sind zur Beseitigung der augenblicklichen Transport Schwierigkeiten seitens des Eisenbahnministeriums einschneidende Maßnahmen auf dem Gebiete des Verkehrs geplant. Gleichzeitig wird mit Wirkung vom 3. November angeordnet, daß für jeden bis 15. Dezember abgelieferten Zentner Speisekartoffeln eine besondere Schnelligkeitsprämie von 2 Mark gezahlt werden darf.

Saase im Sterben. Die letzte Mitteilung vom 1. November, die wir gestern erhielten, lautet: Das Befinden Hugo Saases hat sich heute morgen abermals verschlechtert. Es ist wiederum Schüttelfrost eingetreten, das Fieber ist nach wie vor hoch und der Patient außerordentlich schwach. Der Zustand des Kranken wird als recht bedenklich bezeichnet. Die Hoffnung auf Erhaltung des Lebens des Patienten muß als gering bezeichnet werden.

Amerika vor der Revolution? Der Kohlenstreik in den Vereinigten Staaten ist jetzt zur Tatsache geworden. Gestern Abend haben ungefähr eine halbe Million Mann die Arbeit niedergelegt. Die Behörden sind sich über den Umfang der drohenden Katastrophe vollkommen klar und glauben nur durch Anwendung äußerster Gewaltmittel die Existenz des Landes sichern zu können. Alle Arbeitswilligen sollen von Soldaten geschützt, die Arbeiterführer sollen verhaftet und wegen Anstiftung zum Aufstand angeklagt werden.

Der Wiederaufbau der sozialistischen Internationale

Von Arthur Crispian.

Ziel und Grundsätze der neuen Internationale

Der Kapitalismus kann nicht in einem Lande niedergegangen, er kann nur international besiegt werden, denn er hat durchaus internationalen Charakter. Damit ist nicht gesagt, daß die Befreiung der Arbeiter mit einem Schläge zu gleicher Zeit in allen Ländern erfolgen muß. Die proletarische Revolution ist ein historischer Prozeß. Sie beginnt in einem Lande, springt von einem ins andere Land über, bis alle Länder von ihr erfaßt sind. Die Arbeiterklasse hat aber ein Lebensinteresse daran, daß nicht ihre Revolution von den Kapitalisten in einzelnen Ländern isoliert und erstickt wird, bevor sie sich auf alle Länder der Erde auszudehnen vermochte. Jede proletarische Revolution in jedem Lande ist für die Arbeiter ebenso eine internationale Angelegenheit, wie für die Kapitalisten. Wir weisen auf das kapitalistische Kesseltreiben gegen Rußland und auch gegen Ungarn hin. Die internationale Solidarität der Kapitalisten gegen die Proletarier ist stärker als die Interessengegenstände zwischen den Kapitalisten der verschiedenen Länder sind. Gegen das revolutionäre Rußland kämpfen die patriotischen Engländer und Franzosen brüderlich vereint mit ihren deutschen Feinden. Die deutschen Patrioten bieten sich ihren englischen und französischen Feinden als Landsknechte der Reaktion an.

Der internationalen Organisation der Kapitalisten muß eine internationale Organisation der Arbeiter entgegengestellt werden. Nicht eine, in der die nationalen Arbeiterorganisationen als selbständige Organisationen lediglich durch ein Bureau verbunden sind. Sondern eine, in die die nationalen Organisationen vollständig aufgegangen sind, eine in ihrem ganzen Wesen und Wirken internationale Organisation, die durch bindende Beschlüsse auch eine festgefügte internationale Front für internationale Aktionen zu bilden vermag. Für die Erledigung ihrer besonderen nationalen Angelegenheiten kann den nationalen Organisationen trotzdem Spielraum genug bleiben.

Die Aufgabe der wieder zu errichtenden Internationale ist nicht mehr die Erweckung der Arbeiter zum selbständigen Klassenkampf, nicht mehr die Förderung nationaler Organisationen, nicht mehr die Unterstützung des Kampfes zur materiellen und geistigen Hebung der Arbeiterklasse, nicht mehr die Veranstaltung von internationalen Rundgeburgen und Demonstrationen. Das waren die Aufgaben ihrer Vorläuferinnen. Die Aufgabe der kommenden Internationale ist es, die Arbeiter aller Länder für die internationalen entscheidenden Endkämpfe gegen den Kapitalismus in Bewegung zu setzen.

Das Ziel dieser Kämpfe kann für Sozialisten kein anderes sein, als das, den juristischen und politischen Ueberbau der heutigen Gesellschaft mit ihrer ökonomischen Struktur in Einklang zu bringen. Das wird in der planmäßig organisierten sozialistischen Weltwirtschaft geschehen sein.

Die sozialistische Weltwirtschaft setzt den Sturz der kapitalistischen Weltwirtschaft voraus. Die sozialistische Internationale muß sich ein klares internationales Programm geben, das für alle Länder unbedingt gilt. Sie hat darüber hinaus die Aufgabe, schon jetzt Richtlinien für alles das aufzustellen, was am Tage nach dem Sturz der kapitalistischen Weltwirtschaft praktisch geschehen muß, um den Sozialismus zu verwirklichen. Jedes Mitglied einer sozialistischen Landespartei muß auch persönlich und direkt Mitglied der sozialistischen Internationale sein, muß auch direkte Beiträge an die Internationale leisten. Durch die persönliche und direkte Zugehörigkeit der einzelnen Arbeiter zur Internationale wird die Idee der Internationale eine viel tiefere Wirkung auf das Proletariat ausüben und die internationale Zusammengehörigkeit viel inniger sich gestalten.

Die Art der Kampfmittel und der Taktik ergibt sich aus den geschichtlichen Erfahrungen der internationalen Arbeiterbewegung und aus den Erfordernissen der Gegenwart. Wir werden heute nicht mehr Maschinen demolieren, Fabriken in Brand setzen und einzelne Menschen umbringen, weil sie reich sind. Wir werden heute nicht mehr gegen Produktionsinstrumente und einzelne Personen kämpfen, sondern gegen das kapitalistische Produktionssystem und gegen die Klassen, die die Träger und Verteidiger dieses Systems sind. Wir werden heute nicht mehr Verschwörergesellschaften bilden und Attentate als politische Kampfmittel gelten lassen, sondern durch große Organisationen die Arbeiter zusammenschließen und in breiter Densität wirken. Nur so können wir die Arbeiter bis weit über die Organisationen hinaus erfassen und für die Revolution mobil machen. Wir werden heute nicht mehr durch planlose Aufstände von proletarischen Minderheiten den Gewalthabern Gelegenheit geben, die Arbeiter dermaßen abzuschlagen, daß sie dauernd ohnmächtig zu jeder wirkungsvollen und entscheidenden Aktion sind, sondern wir werden Massenaaktionen als wichtiges Kampfmittel planmäßig und zielbewußt durchführen. Wir werden nicht den Arbeitern vorkäufeln, daß wir auf dem Boden der bürgerlichen Demokratie durch den Parlamentarismus den Kapitalismus überwinden können, sondern wir werden daran festhalten, daß der Parlamentarismus nur ein — und nicht einmal das wichtigste — Kampfmittel im Befreiungskrieg der Arbeiter ist. Aber nichtsdestoweniger ein wirksames Kampf-

mittel. Ein Mittel für die revolutionäre Propaganda, ein Mittel zur Entlarvung der Regierung und der verschiedenen Parteien. War der Parlamentarismus außerdem ein wichtiges Mittel, Reformen zur materiellen und geistigen Hebung der Lebenshaltung der Arbeiterklasse zu erringen, so ist er heute darüber hinaus ein wichtiges Mittel, die Arbeiter für ihre praktische Betätigung nach dem Sturz der kapitalistischen Herrschaft zu schulen. Man denke nur an die Schulung unserer Vertreter durch ihre Arbeit in den Kommunen. Wie wertvoll wird diese Schulung für die Arbeiterklasse sein, wenn sie vor der Frage steht, den ganzen Verwaltungsapparat der Gesellschaft zu übernehmen. Ebenso wertvoll, wie die wirtschaftliche und technische Schulung der Arbeiter in der Räteorganisation. Ebenso wertvoll, wie die politische Schulung der Arbeitervertreter in den gesetzgebenden Körperschaften.

Die Internationale wird nicht die primitiven Kampfmittel der Arbeiter aus der Urzeit ihrer Bewegung anwenden dürfen, sondern sie wird alle entwickelten Waffen der modernen Arbeiterbewegung verwenden müssen und zu ihrem Nutzen auf keine verzichten dürfen. Und es darf kein Gebiet geben, auf dem die moderne Arbeiterbewegung nicht dem Kapitalismus entgegentritt.

Die Internationale wird auch nicht zu den überwundenen primitiven und anarchischen Ideen zurückkehren und die Geschichte des Sozialismus als Luft behandeln dürfen, sondern sie wird sich fester als je auf den Boden des historischen wissenschaftlichen Sozialismus stellen müssen. Je wilder die politischen Stürme brausen, desto fester müssen wir als wissenschaftlich geschulte Sozialisten stehen, desto klarer müssen wir blicken.

Die Internationale muß aber auch ebenso rücksichtslos wie den Anarchismus den Opportunismus ausmerzen. Der Opportunismus war es, der der alten Internationale das Mark aus den Knochen fraß, er ist es, der auch die neue Internationale rückgratlos machen würde, wenn er dort eine Stätte fände.

Unfruchtbare Außenpolitik

Nach den Erfahrungen, die das deutsche Volk mit der baltischen Abenteuerpolitik unserer Regierung gemacht hat, hat es gewiß keine Ursache, große Hoffnungen auf die übrige Außenpolitik der Regierung zu setzen. Nach all' der Not und all' dem Elend der Kriegsjahre müssen wir aber wenigstens das eine verlangen, daß wir nicht weiter durch die Regierung in eine Politik getrieben werden, die zu neuen außenpolitischen Konflikten führen muß. Mit der Verschärfung, die immer wieder der Minister des Auswärtigen abgibt, daß wir im Frieden leben wollen, ist es nicht getan. Auch die kaiserliche Regierung hat ständig vor aller Welt ihre unwandelbare Friedensliebe proklamiert und trotzdem nicht nur eine Politik getrieben, die unbedingt zu kriegerischen Konflikten führen mußte, sondern auch willkürlich den Krieg vom Zaun gebrochen. Heute bereiten in Deutschland gewisse Kreise, nicht nur auf der Rechten, sondern auch unter den Rechtssozialisten den Revanchegedanken vor und jagen so das Volk in neue kriegerische Verwicklungen. Man kann nicht sagen, daß die Regierung ernsthaft diesen Bestrebungen entgegentritt. Sie duldet die Hege, die noch immer gegen die Abtretung Elsaß-Lothringens, die wir selbst als Wiedergutmachung des Unrechts 1870/71 anerkannt haben, betrieben wird. Sie steht allen Bestrebungen sympathisch gegenüber, die eine Verständigung mit dem französischen Volke hindern. Die Rechtssozialisten beschimpfen unsere französischen Genossen und der Minister des Auswärtigen, Hermann Müller, hat kürzlich in der Nationalversammlung wieder eine Rede gehalten, die man früher unbedingt als Vorbereitung einer Stimmungsmache gegen Frankreich gekennzeichnet haben würde. Unter dem alten Regime pflegten solche Reden, obwohl sie niemals in solcher Schärfe und Unverfrorenheit gehalten waren, vom gesamten Auslande stets als politische Provokationen aufgefaßt zu werden; heute können sie das zwar noch nicht sein, da alle Welt weiß, daß die gesamte deutsche Arbeiterklasse nicht gewillt ist, sich in neue politische Verwicklungen hineinreißen zu lassen, aber diese Reden verhindern die so dringend notwendige Verständigung mit dem französischen Volke, die sowohl in unserem eigenen Interesse — wegen der wirtschaftlichen Beziehungen und der Wiederaufbaufragen —, als auch im französischen Interesse, — wegen der zerstörten Gebiete —, als auch im Interesse ganz Europas — wegen der gemeinsamen Ueberwindung der schweren wirtschaftlichen Krisis — gefordert werden muß. Solche Reden des verantwortlichen Ministers für die auswärtige Politik leisten der Revanchestimmung Vorschub, schädigen deshalb das Ansehen des deutschen Volkes im Auslande und führen das Volk selbst auf falsche Bahnen.

Wir haben gewiß, wie der Friedensvertrag uns gezeigt hat, von den imperialistischen Regierungen der Entente keine besonderen Freundlichkeiten zu erwarten, es kann aber nicht ungeeignet werden, daß sich dank der eifrigen Bemühungen unserer französischen Genossen in Frankreich mehr und mehr die Erkenntnis durchdringt, daß es auch im französischen Interesse liegt, möglichst bald eine Verständigung der beiden Nachbarvölker herbeizuführen, damit in möglichster Harmonie der Wiederaufbau der zerstörten Gebiete erfolge und sich eine Basis für gemeinsame wirtschaftliche Ueberwindung der schweren

Folgen des ungelogen Krieges finde. Der verantwortliche Leiter der französischen Politik, der Ministerpräsident Clemenceau, hat deshalb kürzlich vor dem Senat eine große Rede gehalten, deren Hauptton auf Versöhnung und wirtschaftlicher Zusammenarbeit mit dem deutschen Volke lag. Clemenceau hat klar und deutlich erkannt, daß nur wirtschaftliche Verständigung und wirtschaftliches Zusammenarbeiten die beiden Völker vor dem Zusammenbruch retten kann. Vielleicht beugt Clemenceau sich dieser Erkenntnis nicht gern, der politischen Notwendigkeit aber kann sich dieser Politiker nicht verschließen. Die wenigen scharfen Worte, die er fand, richteten sich gegen unsere Alldeutschen, indem er erklärte, vor der Aufnahme in den Völkerbund werde man sich erst darüber versichern müssen, ob sich das deutsche Volk noch immer die Denkungsweise der deutschen Professoren und Gelehrten, die die Unschuld Deutschlands in die Welt hinaustriefen und alle andern Völker beschimpften, zu eigen mache. Aber nicht nur in Worten, auch in praktischen Handlungen zeigt die französische Regierung ein deutliches Einschwenken zum Wege der Verständigung hin. Der General Mangin, der in den besetzten Gebieten militärische Annetionsgelüste betätigte, ist abberufen und bei Clemenceau völlig in Ungnade gefallen. Der neue französische Kommissar für die besetzten Gebiete, Tirard, hielt kürzlich in Köln eine Rede, in der er völlig unmißverständlich erklärte:

„Die französische Zivilregierung wünscht keine Politik der Annetion gegen Deutschland zu treiben, sie hält es für selbstverständlich, daß die Rheinlande im Deutschen Reiche bleiben. Aber ebenso selbstverständlich wird die zukünftige Politik Frankreichs gegenüber Deutschlands von der Politik abhängen, die Deutschland gegenüber Frankreich treibt.“

Und diese deutsche Politik sieht dann so aus, wie sie der deutsche Minister des Auswärtigen kürzlich in der Nationalversammlung zum Ausdruck brachte. Er entstellte die Rede Clemenceaus, in dem er einzelne Sätze, die Clemenceau zur Beruhigung und Abwehr der annektonistischen Opposition in Frankreich gesprochen hat, hervorhob und darauf gereizt erwiderte. Er geht noch immer in der Gefangenenfrage, obwohl ihm der Rechtsstandpunkt nicht unklar sein kann. Aber er fand kein Wort einer Nichtlinie für die künftige deutsche Politik gegenüber Frankreich. Beschwerden und Klagen, aber kein Ziel. Jammer und Haß und böswilliges Mißverständnis, aber keine Darlegung der Aufgaben der deutschen Politik. Wie der Minister in das baltische Abenteuer hineingetaumelt ist, so wird er in Konflikte mit Frankreich hineintaumeln und wird dann über das „Unrecht“ klagen, das seine Unfähigkeit selbst herausbeschworen hat. Seit Monaten warten die französischen Unterhändler auf irgendwelche positiven Vorschläge der deutschen Unterhändler für die Wiederaufbaufragen und noch immer ist nichts erfolgt. Vor den Friedensverhandlungen und während der Friedensverhandlungen hat die Regierung es versäumt, Vorarbeiten für die Frage des Wiederaufbaues der zerstörten französischen Gebiete zu leisten, mit wichtigen Vorwänden hat sie sich dann entschuldigt und auch jetzt geschieht noch nichts auf diesem Gebiete. Wenn dann Frankreich infolge der Untätigkeit und Unfähigkeit der deutschen verantwortlichen Politiker unter Androhung von Zwangsmaßnahmen neue Forderungen an uns stellen wird, so wird ein neues Geschrei sich erheben, die Regierung wird sich wieder als die zu Unrecht mißhandelte gebärden. Das deutsche Volk hat alle Ursache, die Dinge nicht wieder so treiben zu lassen, wie es in der baltischen Frage geschehen ist.

Vor allem aber muß das Proletariat die Augen offen halten, denn es selbst wird letzten Endes stets der leidende Teil dieser Angelegenheit sein. Eine Politik, die die Verständigung mit den Völkern zwar mit Worten predigt, mit der Tat aber verkindert, werden die deutschen Arbeiter nimmermehr mitmachen. Sie wollen der Welt den Frieden erhalten und wünschen deshalb nichts sehnlicher als

eine Verständigung der Völker.

Walter Dohme - Berlin.

Staatsanwalt Jordan

Ein Berliner Roman von Hans Land.

11]

Aber Jordan beschloß, fortan sehr scharf darauf zu achten, ob seine Rede weiteren protestierenden Kundgebungen begegnen würde, und in diesem Fall sofort die schärfsten Ordnungsstrafen zu beantragen.

Im Augenblick saß das glückliche Liebespaar auf der Zeugnbank ziemlich nahe beieinander. Beide hielten die Blicke gesenkt. Sie paßten eigentlich prachttoll zueinander, die beiden blühenden, jungen Menschen, der tief brünette Ungar und die leuchtende Blondine, die den reinsten Typ der Angelfächsin in Gestalt, Teint und Haltung darbot. Sie hatten gewiß die süßesten Stunden miteinander verbracht, und es war eigentlich nicht allzu schwer zu glauben, daß wirkliche Neigung sie zueinander trieb.

Der Künstler und die Dirne haben ja doch so tausenderlei tief Verwandtes gemeinsam. Er hatte zudem die volle Kraft der Phantasie, dieses Straßenmädchen sich in die reine Geliebte umzuwandeln, von der er hier vor dem Richtertische gefaselt hatte.

Wie beneidenswert eigentlich diese freien, jungen Menschen, die bachantisch über die Grenzen der Sitte hinweg schwärmten und die Huld ihrer jungen Tage in wollen Zügen genossen. In diesem Sinne hatte er, Jordan, eigentlich nie gelebt. Nie! Die Strenge seiner Anschauungen führte ihn rein und unerfahren, unverantwortlich früh und jung in seine Konventionserfahrung hinein, in der er nie — niemals den Reusch der Leidenschaft erleben konnte. Gott — war dieses Lumpenvolk eigentlich beneidenswert! Ein Abenteuer, wie dieses Bohemepack sie tausendfach genoss, war ja doch schließlich schöner, toller und wilder als sein ganzes eisernes und automatisch klapperndes Pflichtleben. Ähnliches mochte wohl der fette, genießerische Beißiger mit dem dicken, wulstigen Munde und dem schweren Klemmer auf der Nase eben auch denken, denn er schmachtete die Hecker ganz verunsichert an. Jordan gab sich einen Ruck und strich ärgerlich über die Stirn. Zur Sache! Zur Sache jetzt. Mit fester Stimme fuhr er nun in seinem Plädoyer fort:

„Der Herr Vorsitzende nannte den Zursif der Herta Hecker an ihre Mutter an jenem Maiabend den „springenden Punkt der Anklage“. Ich pflichte dieser Ansicht nicht im geringsten bei.

Denn wenn man selbst annähme, dieser Zursif sei nicht geschähen, so bleiben doch noch viele Voraussetzungen in voller Kraft bestehen, die die Anwendung des Paragraphen 181 des Reichsstrafgesetzbuches gegen die Angeklagte Luise Hecker in vollster Strenge rechtfertigen — nein gebieten!

Politische Rundschau

Deutschland

Bethmann Hollweg im Kreuzverhör

Nach Eröffnung der Nachmittagsitzung des Untersuchungsausschusses am 31. Oktober wurde Herr von Bethmann Hollweg von dem Vorsitzenden, den Ausschußmitgliedern und den Sachverständigen befragt. Der frühere Reichszankler ist heute seelisch ein gebrochener Mann. Bald nach Beginn der Fragen erklärte er, daß er völlig außerstande sei, einzelne Fragen zu beantworten. Er müsse erst die Akten einzusehen und sich mit seinen Mitarbeitern besprechen. — Auf die Fragen des Vorsitzenden bekehmt von Bethmann Hollweg, daß er mit dem Botshafter Gerard sich über die Friedensbedingungen unterhalten habe. Er habe seiner Erinnerung nach ähnliches gesagt wie in seinen Reden im Reichstag. Gerard habe sehr richtig beobachtet, daß hinsichtlich des U-Bootkrieges in Deutschland verschiedene Strömungen bestanden und daß seit Herbst 1916 der Druck der öffentlichen Meinung für die Führung des uneingeschränkten U-Bootkrieges immer größer wurde. Bethmann sagte dem Botshafter, daß er seine Beobachtungen für richtig halte. — Die Frage, ob Oesterreich von den Verhandlungen mit Amerika bezüglich der Wilsonschen Friedensaktion unterrichtet war, kann Bethmann Hollweg nicht ohne Alteneinsticht beantworten. Bethmann erinnert sich jetzt, daß er mit Gerard auch über Belgien gesprochen habe und die Bedingungen und die Garantien genannt habe, welche man fordern müsse, damit Belgien handelspolitisch und militärisch nicht von der Entente ausgenutzt werden könne. — Abg. Singheimer kommt auf die Vorgänge, die sich im Oktober 1916 im Hauptquartier zu Pleß abgespielt haben, zu sprechen. In der Aufzeichnung, die Herr von Bethmann Hollweg über die Unterredung mit Minister Burian gemacht habe, sei nichts von der amerikanischen Vermittlung erwähnt. Bethmann Hollweg erklärt, daß es sich bei diesem Schriftstück um Notizen zur Unterstützung seines eigenen Gedächtnisses handle, sie besäßen keinen dokumentarischen Wert und Beweisraft für das, was tatsächlich erörtert worden sei. Auf die Frage, ob er sich nun von der eigenen oder von der Wilsonschen Vermittlung mehr versprochen habe, erklärt Herr von Bethmann, daß er immer zwei Eisen im Feuer haben wollte. — Bethmann hat niemanden von dem deutschen Friedensschritt unterrichtet, weil er sich nur durch die Ueberraschung den Erfolg versprach. Wilson ist verstimmt gewesen, aber er hat sich durch seine Vermittlung nicht abhalten lassen, seine Friedensnote dennoch herauszubringen. Ob die Entente auf Wilsons Friedensschritt anders reagiert hätte, wenn unser direktes Friedensangebot nicht vorangegangen wäre, läßt sich von hier aus nicht beantworten. Auf Fragen des Abg. Cohn erklärt Bethmann, daß sich die militärische Lage jeden Augenblick ändern konnte und er darum am 12. Dezember mit dem Friedensangebot herausgekommen sei. Es kommt dann das Gespräch auf die Presse. v. Bethmann gibt an, daß der Apparat, der bestand, um seine Reden zu propagieren, sicher in Betrieb gesetzt worden sei, von den Einzelheiten habe er keine Kenntnis gehabt. Der frühere Schatzminister Gothein wünscht Aufklärung über einen Brief, in dem sich der damalige Reichszankler beschwert, daß die Kreuzzeitung, Deutsche Tageszeitung und Kölnische Zeitung eine so starke U-Bootheze betreiben und seine Politik durchkreuzen. Aus der Antwort Falkenhains sei zu ersehen, daß eine Differenz zwischen der Obersten Heeresleitung und der höchsten Zivilstelle bestand. Abg. Professor Schücking fragt, warum Herr von Bethmann Hollweg sich keine vollständige Plattform gegen die Maschinerie der Kriegsstimmung geschaffen habe. Der Reichszankler habe damals für den Völkerbund gesprochen, um den Feinden ein moralisches Gegengewicht zu bieten. Wie war es möglich, daß gleichzeitig und später in Deutschland verboten war, über den Völkerbund zu schreiben und zu sprechen? Daß Gelehrte, die dieses Thema wissenschaftlich zu erörtern suchten, mit Schughast und Gefängnis bedroht wurden? v. Bethmann erinnert sich dunkel der Angelegenheit, weiß nichts über Details, auf Vorhalt entsinnt er sich, daß Professor Dr. Quidde ihm geschrieben, ja, daß er ihn empfangen und

ihm Schutz gegen die Verfolgungen zugesagt habe. Es sei ihm unmöglich zu sagen, was er darauf veranlaßt habe. Abg. Gothein fragt, ob denn die militärische Zensur Anordnungen des Reichszanklers nicht zu befolgen hatte. v. Bethmann kann unter dem Zeugeneid keine Auskunft über die Organisation geben! Abg. Singheimer fragt, ob denn nicht versucht worden sei, Presse und Reichstag in Parallelen zu der Friedensaktion Wilsons zu bringen. Bethmann erklärt, im deutschen Volk bestand eine starke Feindseligkeit gegen Amerika. Alle Anweisungen an die Presse genügten nicht. Es wurden gegen seine Haltung in dieser Frage im preußischen Abgeordnetenhaus Aktionen unternommen. Als Singheimer von der pessimistischen Auffassung des Reichszanklers spricht, protestiert Bethmann sehr heftig. Er habe vom ersten Tage an über den Krieg ernst, sehr ernst gedacht, habe den Parteiführern niemals ein rosiges Bild über die Lage gegeben, aber das, was er in vertrauten Gesprächen sagte, hätte nicht öffentlich kundgegeben werden können, sonst wäre das Volk sofort zusammengebrochen! Der Mut mußte aufrecht erhalten werden! Das habe die Pflicht geboten gegen das Volk! gegen die Armee! Abg. Cohn wünscht zu wissen, wie es kam, daß der Oberstleutnant Deutelmöser, der die Pressekonferenzen geleitet habe, ins auswärtige Amt berufen wurde. Dadurch sei der militärische Einfluß noch verstärkt worden. Bethmann will Deutelmöser für geeignet gehalten haben. Der militärische Einfluß sei nicht verstärkt worden. Die Gründe, die zur Ernennung des Oberstleutnant Deutelmöser geführt haben, gehörten nicht zu seiner Zeugnisaussage! Verschiedene weitere Fragen, an denen sich auch Mitglied David beteiligt, beantwortet Bethmann mit Sätzen, die gar keine Antwort auf die Frage darstellen. Es entsteht ein Zwiegespräch, in dem Bethmann-Hollweg völlig daneben redet. Nach dem noch einige besonders markante Frechheiten militärischer Zensur wie im Falle des Professor Delbrück zur Sprache gekommen sind, wird die Sitzung auf Dienstag, den 4. November, 10 Uhr vertagt.

Großgrundbesitz und Reinertrag

Wenn man die Großgrundbesitzer hört, gibt es unter den notleidenden Landwirten keine Kategorie, die so schwer leidet, wie die Großgrundbesitzer. Ein Beispiel hierfür zeigt eine Zusammenstellung, die im Kreise Iserlohn gemacht worden ist. Da besitzt z. B. der Prinz von Bentheim 2312 Morgen von Grundstücken, aus denen ein Reinertrag von 1676 Mark pro Jahr herausgerechnet worden ist. Also pro Morgen etwa 75 Pfennig. Ein Herr von Fürstenberg gibt an, von seinem Besitztum von 1696 Morgen 5037 Mark Reingewinn herausgeholt zu haben, also immerhin etwas mehr. Da sind noch die Herren von Rheinbaben mit 2268, von Böselager mit 2540, von der Seele mit 1500 und noch eine Reihe von Herren von und zu auf, die Tausende von Morgen Land im Besitz haben, aber vom Morgen nicht mehr wie 75 Pfennig bis 1.50 Mark Reinertrag gehabt haben wollen. Das sind jedoch nur Beispiele von einem einzigen Kreise. Ähnlich liegen aber die Verhältnisse im ganzen Reiche.

Die Großgrundbesitzer sind eifrigt bestrebt, die Heranziehung zum sogenannten Reichsnotopfer nicht nach dem Werte ihres Grundbesitzes, sondern nach dem Ertrage besteuert zu sehen. Die bevorstehenden Zahlen geben ein Bild, welche Hinterziehungsmöglichkeiten sich bei einem Eingehen auf solches Begehren eröffnen.

Selbstverwaltung unter Staatsaufsicht

Die Tägliche Rundschau bringt einige Einzelheiten über die in Bälde der Preußischen Landesversammlung zu gehenden neuen preußischen Städte-Ordnung, aus denen sich zwar noch keine endgültigen Schlüsse in Bezug auf den Charakter des Gefekentwurfes ziehen, die aber doch erkennen lassen, daß es mit der Selbstverwaltung der Städte nicht allzuweit her sein wird. „In Selbstverwaltungsangelegenheiten sind die Städte keiner Anweisung der Aufsichtsbehörden unterworfen“, heißt es. Die Städte sind berechtigt, ihr Vermögen selbstständig zu verwalten, sie können auch Anleihen zu werbenden Zwecken aufnehmen. Der Staatsaufsicht aber werden weitgehende Befugnisse zugewiesen, so z. B.:

bei der Kundschaft ausübt, dann wieder — im Falle Lokatos — die teusche Geliebte munt und für einige Semester — sogar vielleicht unter wochenlanger Bewahrung der äußeren Treue — dem suggestiven jungen Künstler das reine, liebende, hingeebene Weib vorgaukelt.

Erwägen Sie, meine Herren Richter, welches Unheil diese in ihren Entwicklungsanfängen stehende gleiche junge Halbwekklerin unter den Männern noch anrichten wird und stellen Sie ihr das mahnende Merkmal einer draconischen Bestrafung der Mutter gleich an den Beginn ihrer Laufbahn.

Vielleicht, daß die junge Dirne dann nachdrücklich erfährt, daß das Laster unter dem hellen Auge Gottes allezeit schon auf Erden seine harte Strafe findet und daß der höchste Richter über den Sternen seiner und seiner Gebote nicht spotten läßt.

Vielleicht hat dieses Erlebnis dann doch noch seine erzieherische Wirkung auf dieses verlorene junge Menschenkind. Ich beantrage gegen die Angeklagte, die der schweren Ruppellei überführt ist, eine Strafe von zwei Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust.“

Ein Schreck durchzuckte die Angeklagte, ihre Tochter und ihren Mann. Auch der Maler reckte plötzlich den Kopf empor und sah mit einem Ausdruck fassungslosen Entsetzens auf Jordan, der sich jetzt ruhig auf seinen Sessel niederließ.

Der Verteidiger hatte sich zu der Angeklagten umgewendet. Er sprach leise zu ihr, und seinen Gebärden entnahm Jordan: der Verteidiger versicherte der Klientin, daß es so schlimm nicht werden würde.

Dann erhielt er das Wort zu seinem Plädoyer. Er führte aus, daß der Staatsanwalt eine Charakteristik der Zeugin Fräulein Hecker hier gegeben habe, die überstreng wäre und deshalb nicht gerecht sein könne. Hier sei durch die Spürnase des Denunzianten noch nur ein Zeuge aufgebracht worden, der als bezahlender Liebhaber des Fräulein Hecker angesehen werden könne.

Den Maler, Herrn Lokatos dagegen, verbinde ein Band wahrer Zuneigung mit Fräulein Hecker. In diesem Verhältnis könne ein gerecht Urteilender nichts Unstittliches finden. Der vermögende, junge Künstler gab der Geliebten, die arm ist, von seinem Ueberfluß.

„Was ist hierbei so scharf zu rügen? Er gab ihr so vornehm und reichlich, daß das junge Fräulein mit dieser Sicherung ihrer Existenz allen weiteren Verführungen und Gefährdungen ihrer großen Schönheit in dieser verderbten Weltstadt überhoben war. Fräulein Herta Hecker, das bitte ich die Herren zu bedenken, ist kein gewöhnliches Mädchen.

(Fortsetzung folgt.)

Die Wählerlisten

liegen nur noch bis Mittwoch aus. Parteigenossen, seht sie ein! Sichert euer Wahlrecht!

Orientierung über alle städtischen Verhältnisse durch Einsicht in die Akten, Beanstandung rechtswidriger Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung, Eingriffsrecht bei ungenügender Verwaltungstätigkeit der Stadt, Mitteilung städtischer Beschlüsse vor dem Inkrafttreten in folgenden Fällen: Wahl von Bürgermeistern und Beigeordneten, Erlass von Ortsstatuten, Abweichungen von den Vermögensvorschriften, Anleiheaufnahmen, Bürgerschaftsübernahmen, Erhebung von mehr als 20 v. H. Zuschlägen zur Staatseinkommensteuer, bei unterschiedlicher Belastung der Realsteuern untereinander oder der Realsteuern einerseits und der Einkommensteuer andererseits, wenn die prozentualen Zuschläge zu der einen Steuerart um mehr als die Hälfte höher sein sollen als zu der anderen. Die Aufsichtsbehörde hat das Recht, Bürgermeister abzusetzen und Stadtverordnetenversammlungen aufzulösen.

Wertwürdig berührt es, daß in dem Entwurf auch noch Bestimmungen enthalten sind, die mit anderen Gesetzesbestimmungen kollidieren. Beispielsweise wird es nach Einführung der Reichseinkommensteuer kommunale Zuschläge zur Staatseinkommensteuer nicht mehr geben.

Die Bestimmungen für die Wahl zu den Stadtverordnetenversammlungen sind den reichsgültigen Wahlbestimmungen angepaßt. Die Wahl selbst soll erstmalig im Jahre 1920 stattfinden. Drei Monate nach Inkrafttreten der neuen Städteordnung soll die Wahlzeit der Bürgermeister und Beigeordneten erlöschen. Bürgermeistern, die keine Befähigung zum Richteramt haben, soll ein Jurist als hauptamtlicher Beigeordneter beigegeben werden.

Auch die Zeitfreiwilligen feiern die Revolution

Wie unserm Hamburger Parteiorgan, der Hamburger Volkszeitung, aus sicherer Quelle mitgeteilt wird, sind die Zeitfreiwilligen zum 8. November alarmiert worden. Wir nehmen an, um in geschlossenem Zuge die Demonstration der Hamburger Arbeiter zu eröffnen und so zu bekunden, daß sie die Revolution mit Leib und Leben zu schützen gewillt sind. Ein Schuß ist, wer anders denkt!

Finnland

Die Gegensätze in Finnland

Aus Helsingfors wird von bürgerlicher Seite geschrieben:

Der zunächst unerwartet erfolgreiche Vormarsch des Generals Judenitsch gegen Petersburg hatte in Finnland eine Krisenstimmung sondergleichen erzeugt. Obwohl von nichterner militärischer Seite die Lage der Nordwestarmee von Anfang an als durchaus nicht glänzend angesehen wurde, waren alle „aktivistischen“ Kreise, namentlich aber die Russen von dem bevorstehenden Sturz der Räteherrschaft überzeugt und stimmten ein Triumphgeschrei an. Ein Zeichen dafür, daß Finnland genau wie die übrigen europäischen Staaten nordenstark geworden ist, zeigt sich darin, daß, nachdem maßgebende Kreise noch bis vor kurzem an Friedensverhandlungen mit Rußland gedacht haben, nunmehr der kleine Erfolg des Generals Judenitsch genügt hat, um die Regierung nicht nur zu veranlassen, den Vorschlag der Verhandlungen weit von sich zu weisen, sondern auch Strömungen aufkommen zu lassen, die die Teilnahme Finnlands am Feldzug gegen Rußland befürworten.

Diesem Plan liegen zweierlei Motive zu Grunde: einmal sollte der „Bazillenherd“, der stetig Ansteckungskeime nach Finnland ausstrahlt und den „Roten“ im Lande die östliche Anlehnung gewährt, vernichtet werden, andererseits möchte man dem kommenden weißen Rußland mit der Bekämpfung der Revolution einen Dienst leisten, um es sich zu verpflichten — denn immer noch ist in vielen finnischen Gemütern die Furcht wach, daß das neue Rußland ungeachtet aller formellen Versprechungen seine alten Rechte auf Finnland geltend machen könne. Die Entscheidung über die Frage, ob Finnland in der einen oder anderen Form den Kampf gegen die Bolschewisten aufnimmt, wird sich wohl in Kürze entscheiden, und man geht wohl nicht fehl, die bevorstehende Ankunft des Generals Mannerheim mit der Lösung der Frage in Verbindung zu bringen.

Wenn irgend ein Argument gegen die Teilnahme Finnlands auch von weißer Seite mit einigem Nachdruck geltend gemacht wird, so betrifft es die drohende Haltung des finnländischen Proletariats, wobei man die Grenze dieser Schicht wohl ziemlich weit nach oben ziehen darf. Die sozialdemokratische Partei hat sich für die Aufnahme der Beziehungen zu Sowjetrußland erklärt, und auch die den Sozialdemokraten am nächsten stehende Partei der Agrarier dürfte sich nur sehr ungern für ein militärisches Eingreifen gegen Sowjetrußland entschließen. Unzweifelhaft wird diese Haltung auch auf die Stimmung der Armee, um deren Beeinflussung die bolschewistischen Agitatoren mit Hochdruck bemüht sind, abfärben. Die Sachlage bietet demnach dasselbe Bild wie in allen europäischen Staaten, wo die Frage des politischen Verhaltens gegenüber den Bolschewisten die Nationen mehr oder minder ausgeprägt in zwei Lager gespalten hat. Finnland bildet nur deshalb einen Sonderfall, weil wohl in keinem Lande diese Trennung so einschneidend ist wie hier. Die rote und die weiße Schicht stehen drohend einander gegenüber, die „Weißen“ in Gestalt ihrer glänzend organisierten Schutzkorps bis an die Zähne bewaffnet, die „Roten“ unter der stetigen Verfolgung der Polizei im geheimen arbeitend, sich organisierend und Waffen sammelnd.

Beide Parteien tragen nicht die leiseste Neigung zu einer Versöhnung in sich. Das zuletzt gebildete Ministerium sollte unter der Ägide des bürgerlich-liberalen Reichspräsidenten Stahlberg ver-

suchen, die Gegensätze zu überbrücken. Aber dieser Versuch war bei dem Siedegrad der innerpolitischen Kampfstimmung von vornherein zum Scheitern verurteilt.

Rußland

Fürchterliche Judenmorde in Polen und in der Ukraine

Die blutigen Pogrome, die sich besonders in Wilna bei der Besetzung der Stadt durch polnisches Militär im Frühjahr ereigneten, sind jetzt durch eine amerikanische Untersuchungskommission an Ort und Stelle untersucht und klargestellt worden. Im Berliner Tageblatt veröffentlicht Dr. Paul Nathan die Resultate dieser Untersuchung, aus denen hervorgeht, daß die polnische Soldateska volle zehn Tage in Wilna gewütet hat, obgleich sie die Stadt seit dem Einrücken vollkommen in der Hand hatte. Die Polen behaupteten der Kommission gegenüber, daß es in Wilna zu Straßenkämpfen gekommen sei und daß dabei auch Juden getötet worden wären. Unter den Getöteten befinden sich viele Kinder und Greise, die sich gemeinhin nicht an Straßenkämpfen beteiligen, auch ist nicht ein Christ darunter. In diesen Tagen sind in Wilna ungefähr 2000 schwere Verbrechen begangen worden, Morde und Plünderungen, von denen nicht ein einziges durch die Lokalbehörden eine Sühne gefunden hat. Das alles steht aktenmäßig fest.

Fast noch schlimmer als in Polen wüteten die Pogromisten in der gesamten Ukraine. Bei den ukrainischen Judenmorden wurden rund 40 000 Menschen getötet, gegen 100 000 verwundet und zu Krüppeln gemacht und fast 10 000 Frauen geschändet. Der Schaden an Hab und Gut ist auf weit über 100 Millionen Rubel zu beziffern. Einzelne Fälle beweisen die ganze Entsetzlichkeit dieser Vorgänge.

In dem Städtchen Trostianez in Podolien sind jüdische Männer überhaupt nicht am Leben geblieben. Man hat sie — in runder Summe 500 — alle getötet. Es gibt dort heute 900 Witwen und Waisen. In Dwrutsch haben im ganzen dreimal Pogrome stattgefunden. In Felschtin in Podolien fand zunächst ein Pogrom statt. Nach dem Pogrom wurde die gesamte Ortschaft, die aus Holzhäusern besteht, angezündet und völlig niedergebrannt. In Elisabethgrad im Gouvernement Cherson hat man 80 000 Juden ausgeraubt. In Tscherkassy im Gouvernement Kiew sind rund 1500 Menschen getötet worden. In Wasilkow fand gleichfalls ein Pogrom statt, und ich will zum Schluß nur eine einzige Zeugnisaussage der verheirateten Bronja Rogupej hierherheben: „Wir versteckten uns alle, die wir uns retten konnten, in der Klosettgrube. Als ich herauskroch, fand ich in einem Zimmer den erschlagenen Vater; im zweiten Vater Schwester und Tante erschlagen; in den Flügel hatte man hineingestopft die toten Brüder und meinen Mann. Das Haus war ausgeplündert.“

Diese wahnwitzigen Blutreden sind ein Beweis dafür, wie tief die Methoden des alten zaristischen Regimes in das Volk eingegriffen sind. Krieg, Revolution, Verkehrs- und Ernährungsschwierigkeiten haben die Bevölkerung kulturell noch tiefer sinken lassen. Juden und Revolutionäre sind in den nicht-bolschewistischen russischen Landesteilen, besonders in der Ukraine, Freiwillig. Es wird ungeheurer Anstrengungen der Westmächte bedürfen, diesem Rückfall in die Barbarei Einhalt zu gebieten. Ob die Westmächte bei ihrer eigenen Interessenspaltung heute überhaupt in der Lage sind, das russische Problem zu lösen, ist allerdings eine schwer zu bejahende Frage.

Frankreich

Gegen die Intervention in Rußland

Nach einer Meldung des Basler Vorwärts haben 27 französische Gewerkschaften, die zur revolutionären Minderheit der Confédération Generale de Travail (etwa der deutschen Generalkommission entsprechend) gehören, sich für die sofortige Wiederaufnahme des Kampfes gegen die Intervention in Rußland und gegen die Blockade entschlossen. „Sie halten den Generalstreik für das einzige Kampfmittel und haben bei der C. G. T. den Antrag gestellt, den Vorstand sofort einzuberufen, um zu dem Generalstreik Stellung zu nehmen. Sie verlangen eine Antwort binnen 48 Stunden. Man bezweifelt in den Kreisen der C. G. T., daß der Antrag in Abwesenheit von Jouhaux und Demoullins, die nach Washington gereist sind, angenommen werden könnte. In der Humanité veröffentlichten eine Reihe von Intellektuellen, darunter Anatole France, Henri Barbusse, Victor Marguerite, Charles Gide, Habermard und andere, einen Aufruf gegen die Blockade von Sowjetrußland.“

Italien

Das Wahlmanifest der italienischen Sozialisten

Auch das italienische Klassenbewußte Proletariat rüstet sich zu den Wahlen. Wie in Frankreich hat es einen schweren Stand, da zweifellos auch in Italien der chauvinistische Laumel breiter Massen von den Reaktionsären aller Sorten geschickt für ihre Zwecke ausgenutzt werden wird. Das hindert aber unsere Genossen nicht, in ihrer sozialistisch-grundsatztreuen Haltung, die sie während des ganzen Krieges, als der Nationalismus am höchsten ging, gezeigt. Die sozialistische Parteileitung hat jetzt ihr Wahlmanifest aufgestellt und veröffentlicht. Es nimmt etwa zwei Spalten des „Avanti“ ein. Die Sozialisten wiederholen im ersten Teil ihre unentwegte Abneigung gegen den Krieg und veranschaulichen dessen Folgen. Im zweiten Teil werden die imperialistischen Ziele der siegreichen Mächte gebrandmarkt und zum Schluß wird die sozialistische Republik sowie die Internationale der Völker verherlicht. Die Versammlung des Parteivorstandes beschloß auch, einen

Grüß an das kommunistische Rußland zu senden und nahm einen Protest an gegen die reaktionäre Politik der Entente gegenüber der Räteregierung. Für die Wahlvorschrift wurde beschlossen, daß kein Streikbrecher als Kandidat aufgestellt werden darf; dasselbe gilt auch für die Eisenbahner. Serrati hat alle die ihm angebotenen Kandidaturen abgelehnt, da er den Posten des Chefredakteurs am „Avanti“ mit dem Amt eines Abgeordneten unvereinbar hält. Enrica Ferri hat auf eine Wiederwahl verzichtet, wie er in einem Briefe an den „Avanti“ mitteilt. Die Sozialisten von Mantua haben es im Kriege abgelehnt, ihn in ihre Liste aufzunehmen. Gegen diese offizielle Liste will Ferri nicht kandidieren.

In und um Elbing

Generalversammlung der U. S. P. Elbing

Unter Beteiligung von etwa 250 Delegierten und Vertrauensmännern tagte gestern vormittag im großen Saale des Volkshauses die Generalversammlung unserer Partei: Es war die erste, die in dieser Weise zusammengesetzt war. Die steigende Größe der Organisation bedingte die neue Form der Vertretung. Zunächst sollte die Abrechnung gegeben werden. Sie wurde zurückgestellt, um die Stellungnahme zum Parteitag in ausgiebiger Weise zu erörtern. Das einleitende Referat hielt Genosse Grunwald. In seinen Ausführungen nahm die Frage, ob zweite oder dritte Internationale, naturgemäß den breitesten Raum ein. Grunwald schloß sich den Gedankengängen Crispins im Großen und Ganzen an, wobei er besonders ausführlich auf die Richtlinien der Moskauer Internationale und die neuerliche Entwicklung der französischen Parteibewegung einging. Neben der Internationale spielte die Gewerkschaftsfrage eine bedeutende Rolle in dem Grunwaldschen Referat. Auf keinen Fall könnten wir an die Stelle großer Industrieverbände Betriebsorganisationen, sogenannte Arbeiterunionen, setzen. Diese von kommunistischer Seite erhobene Forderung sei ein Rückschritt in die primitivste Zeit des Klassenkampfes. Die Gewerkschaften müßten mit revolutionärem Geist erfüllt werden. Wie der Verbandstag der Metallarbeiter so erfreulich zeige, sei hier die Wendung zum Besseren bereits im Gange.

An der Diskussion beteiligten sich die Genossen Kuhn, Schröder, Krüger, Korjunoski, Papproth, Müller, Dangel, Scheiba, Melzner, Baude und Perschon. Nach einem kurzen Schlußwort Grunwalds erfolgte die Abstimmung über die eingelaufenen Anträge. Mit allen andern gegen 22 Stimmen entschied sich die Generalversammlung für folgende Resolution Schröder:

Nach eingehender Aussprache erklärt die Generalversammlung der U. S. P. Elbing, einen Anschluß an die dritte Internationale nicht gut heißen zu können. Da eine Weltregierung der zweiten Internationale in der gegenwärtigen Form ebenso wenig in Frage kommt, hat der Vorstand der U. S. P. D. schlenigst mit den auf dem Boden unserer Partei stehenden Genossen der anderen Länder Verbindungen zum Zweck gemeinsamen Handelns anzuknüpfen. Ob die Partei nach Genf gehen soll, hängt von den jeweiligen politischen Umständen ab, die sich heute noch nicht übersehen lassen. Keineswegs darf die U. S. P. D. in der zweiten Internationale bleiben, wenn die kompromittierten Führer der deutschen Rechtssozialisten in ihr weiter Sitz und Stimme haben dürfen.

Diese Resolution soll dem Parteitage unterbreitet werden. Einstimmige Annahme fanden zwei weitere Anträge. Der erste lautet:

In Anbetracht der Tatsache, daß die Wahlberechtigung mit dem vollendeten 20. Jahre, die Mündigkeitserklärung jedoch erst mit dem vollendeten 21. Jahre eintritt, beantragen die Elbinger Genossen: Die Fraktion der U. S. P. möge in der Nationalversammlung dafür eintreten, die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches dahin zu ändern, daß Mündigkeit mit der Vollendung des 20. Jahres beginnt.

Der zweite Antrag verpflichtet die Elbinger Delegierten auf dem Parteitage dafür einzutreten, daß der Parteivorstand in den einzelnen Bezirken Bildungskurse einrichtet. Damit war der erste Gegenstand erledigt und die Generalversammlung nahm die Abrechnung entgegen. Während dies geschah, wurden die von den Bezirken beauftragten Kandidaten zum Parteitage zur Wahl gestellt. Drei Delegierte hat Elbing zu wählen. Diese Wahl wird am nächsten Sonntag erfolgen. Zur Wahl wird die doppelte Anzahl gestellt. Die Versammlung wählte aus den vorgeschlagenen mittels Stimmzettel als die Genossen: Heß, Krüger, Päh, Wollé, Willi und Erbien. — Die Abrechnung erfuhr keine Bemängelungen. Ihr schloß sich eine Aussprache über Parteiangelegenheiten an, deren wichtigste Gegenstände die Beschlußfassung über die Feier des Revolutionsgedenktages und über den Ausbau der Elbinger Volksstimme waren. Genosse Grunwald teilte mit, daß seitens der Elbinger Kommunisten ihm vorgeschlagen wäre, Unabhängige Sozialdemokraten und Kommunisten sollten gemeinsam den 7. November, den Jahrestag der russischen Revolution, feiern. Debattelos ging die Versammlung über diesen Antrag zur Tagesordnung über. Sie beschloß am 9. November vormittags im großen Saale des Volkshauses eine Demonstrationenversammlung abzuhalten, deren Zutritt nur Mitgliedern der U. S. P. gestattet ist. Am Nachmittag wird am gleichen Orte unter Mitwirkung der Gefangenen und mit einem Konzert verbunden eine Gedektfest veranstaltet werden. Auch hier finden nur Mitglieder der Partei und ihre Angehörige Einlaß. Es wurde ein Arbeitsausschuß gewählt und der Vorstand beauftragt, gemeinsam mit diesem alles notwendige in die Wege zu leiten. — Den in Bezug auf

unsere Zeitung gefassten Beschluß teilen wir an anderer Stelle mit. Die Generalversammlung nahm dann die für die Stadtverordnetenversammlung aufgestellte Kandidatenliste unserer Partei zur Kenntnis und billigte sie. Nachdem noch einige Bestimmungen bezüglich der Aufstellungsverhältnisse im Parteisekretariat getroffen waren, erfolgte kurz vor zwei Uhr Schluß der Versammlung.

Der Boykott der Boykotteure
In den wenigen Tagen des Bestehens der Elbinger Volksstimme hat sich bereits gezeigt, daß verschiedene Elbinger Geschäftsleute unsere Zeitung planmäßig boykottieren. Obwohl sie in anderen Zeitungen inserieren, lehnen sie eine Geschäftsverbindung mit der Volksstimme ab. Aus den Kreisen der Parteigenossen heraus ist der Wunsch erwachsen, gleiches mit gleichem zu vergelten, da die betreffenden Herren offenbar auf die Kundenschaft unserer Parteigenossen keinen Wert legen. Diesem Verlangen Rechnung tragend, hat gestern die Generalversammlung einstimmig den Boykott jener Firmen beschlossen, die die Volksstimme boykottieren. In jedem Bezirk wird eine Kommission für die Durchführung dieses Beschlusses gewählt werden. Die Parteileitung ist beauftragt, die notwendigen Maßnahmen in die Hand zu nehmen.

Zurückgestellt
Des Berichtes über die Generalversammlung halber mußte die Weitererörterung des Kommunalprogramms bis morgen zurückgestellt werden. Auch die Veröffentlichung der Abrechnung und die der Kandidatenliste für die Stadtverordnetenwahl nehmen wir morgen vor.

Die Nemesis
Hatten da am Dienstag voriger Woche die Rechtssozialisten in Berlin und Umgegend 30 Versammlungen arrangiert. Unter den Rednern war auch Hermann Schulz-Elbing, M. d. R. aufgeführt. In seiner Versammlung sprach unser lieber Landsmann dann vor nicht allzustarker Zuhörerschaft. Es mochten etwa 250 Personen anwesend sein. Für einen Arbeiter vorort und eine öffentliche Versammlung, in der Anhänger aller Parteien Zutritt hatten, gewiß ein recht bescheidenes Auditorium. Das ehrenwerte M. d. R. tat trotzdem sein Bestes. In der üblichen Weise wurden Marx und Engels geschunden, Sätze aus ihren Schriften herausgerissen und sonst noch alle möglichen Rednerkniffe angewandt. Der Zweck heiligt ja das Mittel. Die Versammlung ward sichtlich unruhiger. Und Hermann Schulz fuhr schwereres Geschütz auf: „Die Unabhängigen! Ja, meine Herren, da kann ich Ihnen aus meiner Heimat so allerhand erzählen. Jetzt geben den Sie sich radikal. Fragen sie mal, wo sie früher gewesen sind. Der Führer der Elbinger Unabhängigen ist die ganze Kriegszeit reklamiert gewesen und ich, wie sie mich hier sehen, war von Anfang bis zu Ende im Kriege.“ Hinten im Saale lächelte ein Zuhörer still vergnügt in sich hinein. Mit der Verfassung sei er auch nicht zufrieden, aber das Erfurter Programm sei restlos erfüllt. Bis auf den J-Punkt erfüllt. Na, und so fort. Über alles hat ein Ende. Auch die Rede eines M. d. R. Ein Unabhängiger meldete sich zum Wort. Hermann Schulz, der Tapfere, sank auf seinen Stuhl zurück. Neffe ihn ein Späß der Hölle? Das... war... ja... Grünwald, der Führer der Elbinger Unabhängigen, den er eben heruntergerissen hatte! Zum Teufel! Nicht mal im Weichbild Berlins war man sicher, auch wenn garnicht auf dem Versammlungsinsat angegeben war, wo man sprechen sollte. Erde, tu dich auf und verschlinge den letzten echten Elbinger Mehrheitssozialisten! — Sollen wir weiter erzählen? Wir decken barmherzig einen Schleier darüber. Ja, auch in der Millionenstadt trifft man sich manchmal zufällig und gerade, wenn einem nichts daran gelegen ist.

Keinen Personenverkehr!
Eine Sitzung der Reichsregierung unter Zuziehung der einzelstaatlichen Minister hat folgende Verordnung erlassen: Auf Grund der die wirtschaftliche Demobilisierung betreffenden Befugnisse wird nach Maßgabe des Erlasses, betreffend die Auflösung des Reichsministeriums für wirtschaftliche Demobilisierung, vom 26. April 1919 (Reichsgesetzbl. S. 438) mit Rücksicht auf die Transportnot und die Verbesserung der Kartoffel- und Kohlenversorgung in Uebereinstimmung mit den Eisenbahnverwaltungen der Länder angeordnet, was folgt:
1) In der Zeit vom 5. bis 15. November 1919 einschließlich ist auf sämtlichen, dem öffentlichen Verkehr dienenden vollspurigen Haupt- und Nebeneisenbahnen der gesamte Personenverkehr einzustellen.
Ausnahmen sind nur zulässig zugunsten des unbedingt notwendigen Arbeiterverkehrs und des Vorortverkehrs der Großstädte.
2) Nach dem 15. November 1919 dürfen auf den zu 1) bezeichneten Bahnen bis auf weiteres für den Personenverkehr nur die im Interesse des Wirtschaftslebens unbedingt notwendigen Züge gefahren werden.
Das Reichsverkehrsministerium hat die Durchführung dieser Verordnung zu überwachen.
Berlin, den 1. November 1919.
Die Reichsregierung.
Bauer. Schmidt. Vell.
Die Maßnahme fordert den schärfsten Protest heraus. Nur eine stümperhafte Regierung hilft sich mit solchen Doktor-Eisenbahn-Kuren. Warum wird der Bau der notwendigen Lokomotiven und Eisenbahnwagen nicht mit Hochdruck vorgenommen? In Berlin sind 160 000 Metallarbeiter nun seit zwei Monaten auf die Straße geworfen, weil das übermüdete Großkapital es so haben will. Eine Aussicht auf baldige Beilegung des Konflikts besteht nicht. Die Regierung wendet sich mit ihren Maßnahmen gegen die Arbeiter statt gegen die Unternehmer. Den lieferungsunlustigen Agrariern zahlt sie nach wilhelminischem Muster „Schnelligkeitsprämien“ aus den Taschen der Konsumenten. Und so fort. Der Bevölkerung wird aber immer wieder die bescheidenste Möglichkeit des Reisens genommen. Was bilden die Herren in Berlin sich eigentlich ein? Wenn der Deutsche auch geduldig ist, so hat dies doch seine Grenzen.
Aus dem Gewerkschaftsleben
Genosse Ernst Vogel ist von der Generalversammlung der Elbinger Metallarbeiterzählstelle als zweiter Geschäftsführer angestellt worden.

Die Räumung Westpreußens
Die militärischen Bestimmungen über die Uebergabe des westpreußischen Gebiets an Polen lauten wie folgt: Der polnische Vormarsch beginnt erst am 7. Tage nach Niederlegung des Protokolls über die Ratifizierung des Friedensvertrages durch die Hauptmächte in Paris. Dieser Tag gilt als erster Räumungstag, von dem ab die nachfolgend angegebenen Termine rechnen.
Vom 1. bis zum 3. Tage wird ein schmaler Streifen südlich der Linie Schönsee—Kulmsee—Bromberg—Nakel—Ush mit der Stadt, Thorn von den Polen besetzt; Thorn wird am Mittag des 2. Tages von uns geräumt. Zwischen dem 4. und 7. Tage wird das gesamte Abtretungsgebiet östlich der Weichsel besetzt, und zwar Kulm am 6., Graudenz am 7. Tage. Westlich der Weichsel werden im gleichen Zeitraum Bromberg (am 4. Tage), Nakel, Wroclaw und Wirsitz und das Land nördlich davon bis zur Linie Kulm—nördlich Zempelburg besetzt. Der 8. Tag ist allgemeiner Ruhetag. Zwischen dem 9. und 12. Tage werden wir das Gebiet bis zur Linie: südlich Dirschau—Pr. Stargard—Gzerst—südlich Tuchel—südlich Konig räumen. Vom 13. bis 16. Tage wird das Land bis nördlich Berent von den Polen besetzt und zwischen dem 16. und 19. Tage das übrige Abtretungsgebiet bis zum Meere. Die einzelnen Tageszonen werden durch Vereinbarungen zwischen den örtlichen deutschen und polnischen Kommandostellen festgelegt werden.
Kaserne für Wohnungszwecke freigegeben
Zwischen Vertretern der Militärbehörde und dem Magistrat Danzig ist erneut über die Freigabe von Kasernen zu Wohnungszwecken verhandelt worden. Die Militärbehörde ist hierbei der Stadt insoweit entgegengekommen, daß sie die Kaserne an Bastion Dohs zur Einrichtung von Wohnungen zur Verfügung gestellt hat. Die Kaserne soll an die Stadt vermietet werden. Die Uebernahme wird in den nächsten Tagen erfolgen.

Ostdeutsche Nachrichten

Die Räumung Westpreußens
Die militärischen Bestimmungen über die Uebergabe des westpreußischen Gebiets an Polen lauten wie folgt: Der polnische Vormarsch beginnt erst am 7. Tage nach Niederlegung des Protokolls über die Ratifizierung des Friedensvertrages durch die Hauptmächte in Paris. Dieser Tag gilt als erster Räumungstag, von dem ab die nachfolgend angegebenen Termine rechnen.
Vom 1. bis zum 3. Tage wird ein schmaler Streifen südlich der Linie Schönsee—Kulmsee—Bromberg—Nakel—Ush mit der Stadt, Thorn von den Polen besetzt; Thorn wird am Mittag des 2. Tages von uns geräumt. Zwischen dem 4. und 7. Tage wird das gesamte Abtretungsgebiet östlich der Weichsel besetzt, und zwar Kulm am 6., Graudenz am 7. Tage. Westlich der Weichsel werden im gleichen Zeitraum Bromberg (am 4. Tage), Nakel, Wroclaw und Wirsitz und das Land nördlich davon bis zur Linie Kulm—nördlich Zempelburg besetzt. Der 8. Tag ist allgemeiner Ruhetag. Zwischen dem 9. und 12. Tage werden wir das Gebiet bis zur Linie: südlich Dirschau—Pr. Stargard—Gzerst—südlich Tuchel—südlich Konig räumen. Vom 13. bis 16. Tage wird das Land bis nördlich Berent von den Polen besetzt und zwischen dem 16. und 19. Tage das übrige Abtretungsgebiet bis zum Meere. Die einzelnen Tageszonen werden durch Vereinbarungen zwischen den örtlichen deutschen und polnischen Kommandostellen festgelegt werden.
Kaserne für Wohnungszwecke freigegeben
Zwischen Vertretern der Militärbehörde und dem Magistrat Danzig ist erneut über die Freigabe von Kasernen zu Wohnungszwecken verhandelt worden. Die Militärbehörde ist hierbei der Stadt insoweit entgegengekommen, daß sie die Kaserne an Bastion Dohs zur Einrichtung von Wohnungen zur Verfügung gestellt hat. Die Kaserne soll an die Stadt vermietet werden. Die Uebernahme wird in den nächsten Tagen erfolgen.

Ein Revolveraffäre!
Am Sonnabend vormittag lauerte in Danzig der Arbeiter Spodowski an der Petershagener Eisenbahnbüchse den Arbeitern Karl Marquardt und Wilhelm Wischewski aus Petersburg, die in einem Strafverfahren ungünstig über ihn ausgesagt hatten, auf. In der Notwehr gaben beide mehrere Schüsse auf Spodowski ab. Sp. brach durch einen Brustschuß und einen Bauchschuß schwer verletzt zusammen und mußte in das städtische Krankenhaus geschafft werden, wo er nachmittags verstarb. Die an der Tat beteiligten Arbeiter Marquardt und Wischewski haben sich der Polizei selbst gestellt und sind dem Gerichte zugeführt worden. Der Erschossene soll zwanzigmal vorbestraft sein.

Von der „sozialistischen“ Regierung
Aus Flatow wird uns geschrieben: Das Gewerkschaftskartall Flatow hatte am 17. April d. J. eine längere Eingabe zum Zweck der Abhebung des Landrats an den Reichskommissar Winnig nach Königsberg gesandt.
Am 16. Juni wurde die gleiche Eingabe nach Danzig an den Beauftragten des Reichskommissars, Abgeordneten Gehl gesandt. Diese Beschwerde erhielt nun der Landrat zur Entgegung. Im übrigen blieb alles still.
Am 8. September wurde nochmals eine Eingabe an den Abgeordneten Brandenburg, Mitarbeiter im Ministerium des Innern, geschickt, daß der Landrat sich an die neue Zeit nicht gewöhnen könne, noch heute nur die Interessen der Kapitalisten und Agrarier vertrete und alle Gesetze und Verordnungen zu Gunsten der minderbemittelten Bevölkerung niemals erhalten haben wolle.
Was macht nun unsere angeblich sozialistische Ziele verfolgende Regierung? Diese Eingabe wird dem Oberpräsidenten der Provinz zugesandt. Dieser schickt einen Oberregierungsrat zur Untersuchung. Einen Herren, der Fleisch vom Fleische derselben Beamtentaste ist. Den Bericht dieses Herrn kennen wir nicht. Jetzt ist November und unsere Eingabe vom 17. April ist bisher noch immer nicht in unserem Sinne erledigt. So steht „sozialistische“ Regierungskunst aus. Kein Wunder, wenn die Arbeiter aufwachen und wie die in Kroatien geschlossen zur U. S. P. kommen.

Sofort ausschneiden, genau ausfüllen und der Geschäftsstelle, Spieringstraße 21, zusenden.

Bestellschein.

Bestelle hiermit die
Elbinger Volksstimme
Organ der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei,
frei Haus — von der Abholstelle
(Nichtzutreffendes bitte zu durchstreichen.)
Name:
Wohnort:
Straße:

Briefkasten der Redaktion

Anfragende im Abstimmungsgebiet. Ein gesetzlicher Zwang zur Teilnahme an der Abstimmung besteht nicht. Ob er daran teilnimmt, bleibt jedem einzelnen überlassen. Allerdings sind wir auch Ihrer Ansicht, daß für die Arbeiter in Polen noch weniger zu holen sein wird, als in Deutschland und daß im eigenen Interesse kein Arbeiter polnisch stimmen kann.
Verantwortlicher Redakteur für den politischen, lokalen und allgemeinen Teil: Gustav Schröder; für den Anzeigenteil: F. Rudnicki, beide in Elbing.
Druck und Verlag: Verlagsgenossenschaft Elbinger Volksstimme E. G. m. b. H., in Elbing.

Fischverkauf.
Morgen, Dienstag, früh kommt ein
Waggon aller Sorten
frischer Haß-Fische
auf dem Fischmarkt markenfrei zum Verkauf.
Elbing, den 3. November 1919.
Der Magistrat — Ernährungsamt.

Achtung! Achtung! Achtung!
Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltung Elbing.
Branchen-Versammlungen
Mittwoch, den 5. November 1919, abends 6 Uhr:
Schlosser, Bau Schlosser u. Klempner.
Donnerstag, den 6. November 1919, abends 6 Uhr:
Dreher, Former und Elektriker.
Freitag, den 7. November 1919, abends 6 Uhr:
Schmiede, Kesselschmiede und Werft
im Volkshaus:
Sagesordnung in allen drei Versammlungen: Bericht über den Verbandstag.
Ohne Mitgliedsausweis kein Zutritt.
Die Ortsverwaltung.

Lichtspielhaus
Fleischerstraße 9.
Nur 3 Tage! Nur 3 Tage!
Pola Negri u. Harry Liedke
in
Kreuziget Sie
Die Tat des Anderen
Ein nordisches Drama in 5 Akten mit
Karl Alstrup und Gudrun Mullberg.
Nachm. 3.30 abends 7.30 Uhr.

Spielplan
C.T. Brückstrasse 15 C.T.
Nur noch bis Donnerstag, den 6. November
Die Menschen nennen es Liebe!
Verlorene Töchter
III. Teil! Kulturfilm in 6 Akten. III. Teil!
Hauptdarstellerin Manja Tatschewa.
Der lebende Schatten
Drittes Abenteuer des berühmten Detektivs Max Landa.
Detektiv-Abenteuer in 4 Akten.
Vorstellung: 3-1/2 Uhr und 1/28-10 Uhr.
Kasseneröffnung 1/2 Stunde vorher.

U. S. P.
I. u. II. Bezirk Dienstag, 4. Nov., abends 6 Uhr
Vertrauensmänner-
und Delegierten-Besprechung
im Volkshaus. Nach der neuen Einteilung.
Die Bezirksleitungen.
Suche zu Martini zu Stadt u. Umgebung
Wirbinnen, Stützen, Köchinnen, Stubenmädchen,
Mädchen für herrsch. Haushalt, fürs Land ohne melken,
Mädchen zu Kindern, junge Mädchen, Landmädchen
u. Kinder-Empfehle: verheir. Rutscher, Inftleute.
Frau Elisabeth Rosner
gewerbsmäßige Stellenermittlerin, Wasserstraße 91.

Möbelfabrik Klinger
Neust. Schmiedestraße 12/14
Lieferant guter, gediegener
Möbel eigenen Fabrikates
zu anerkannt billigen Preisen.
Gelegenheitskäufe stets am Lager.
Vergnügungsanzeigen
finden in der Elbinger
Volksstimme weiteste
Beachtung u. Verbreitung

Freie sozialistische
Jugend.
Mittwoch, d. 5. Novbr.,
nachm. 5 1/2 Uhr, findet im
Volkshaus, II. Saal, eine
Generalversammlung
statt.
Tagesordnung:
1. Kassenericht.
2. Stellungnahme zur Reichs-
konferenz.
3. Wahlen.
4. Vereinsangelegenheiten u.
Verschiedenes.
Vollzähliges Erscheinen un-
bedingt notwendig.
Der Arbeitsausschuß.

Obstbäume
Apfel
Birnen
Pflaumen
Kirschen
Ziersträucher
Johannisbeeren
Stachelbeeren
Sindern
Rothdorn
Flieder
in den schönsten Farben
empfehlen
Paul Stegmann
Gärtnerei, Grubenhagen 24
Fernruf 553.